

Putins Endkampf

Die Präsidentenwahl in den USA beeinflusst zweifellos den Verlauf des russisch-ukrainischen Kriegs. Aber es ist falsch, von Europa aus auf Washington zu schauen wie auf ein Schicksal. Selbst ohne die Amerikaner hätten die Europäer die Wirtschaftskraft, das russische Vordringen zu stoppen und der Ukraine zum Sieg zu verhelfen, das heißt, zur Rückeroberung ihrer Territorien. Erst wenn sich eine solche Entwicklung abzeichnete, würde Russland bereit sein, über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

Von Professor Dr. Martin Schulze Wessel



Viktor Orbán blockiert nicht länger die europäischen Finanzhilfen für die Ukraine. Das ist eine gute Nachricht vor allem für Kiew. Brüssel habe verhindert, dass die Ukraine zum Spielball der Launen Orbáns wird, kommentierte das ukrainische Nachrichtenportal Ukrainska Pravda. Es ist aber auch eine gute Nachricht für die EU selbst, die sich gegen die systematisch betriebene Obstruktion aus Budapest durchgesetzt hat. Dabei geht es nicht nur um das Pokern um EU-Geld. Orbán zockt, aber er handelt zugleich aus illiberaler Überzeugung und Verbundenheit mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin. Er ist ein Brückenkopf der russischen Politik innerhalb der EU.

Den auf geopolitischen Abwegen wandernden Ungarn hätte die EU allerdings viel früher und mit geringerem Aufwand stoppen können, etwa als Orbán 2017 eine Kampagne ins Werk setzte, um die Central European University aus Budapest zu vertreiben. Dass die EU und speziell Deutschland in der Ära Merkel Orbán dabei gewähren ließ, sich an der universitären Freiheit, einem Grundprinzip Europas, zu vergehen, hat ihn ermutigt, seine politische Stellung zur faktischen Diktatur auszubauen. Orbáns Schlag gegen die Universität, begleitet von einer antisemitischen Kampagne gegen den Universitätsmázen George Soros, war eine Etappe auf dem Weg zur Unterwerfung der ungarischen Gesellschaft durch den Regierungschef. Die Rechnung für ihre Gleichgültigkeit von damals zahlt die EU heute, wenn sie nur mit großer Kraftanstrengung den Kurs der ungarischen Regierung bei der Finanzhilfe für die Ukraine korrigieren kann.

Orbáns Obstruktion ist aber nur ein Puzzleteil einer großen geopolitischen Herausforderung, die die EU heute zu gewärtigen hat. Der Krieg, den Russland mit der Rückendeckung Chinas und mithilfe Irans und Nordkoreas gegen die Ukraine führt, ist – wie die ungarische Episode – auch eine Geschichte von verpassten Gelegenheiten des Westens, rechtzeitig einzuschreiten. Nach der Annexion der Krim und der russischen Militärunterstützung für die Separatisten in Donezk und Luhansk im Jahr 2014 geschah in der EU zunächst nichts. Erst Monate später verhängte man milde Sanktionen. Die Bundesregierung genehmigte bekanntlich noch nach Annexion der Krim den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2. Ihre Rhetorik enthielt dabei eine für den Kreml leicht zu dechiffrierende Kapitulation. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, so Bundeskanzlerin Merkel, könne nicht militärisch entschieden werden. Damit war klar, dass Deutschland und die EU der Ukraine nicht mit Waffenlieferungen beistehen würden. Putin erhielt damit die strategische Freiheit, sich den Ort und die Zeit für einen neuerlichen Angriff auszusuchen. Der Ukraine wurde zwar die Zugehörigkeit zum Westen versichert, ohne dass die hehren Worte jedoch mit Fähigkeiten der EU unterlegt waren. Der erste mächtropolitische Gehversuch von Berlin und Paris, die europäischen Angelegenheiten ohne die Amerikaner und aus eigener Kraft im Minsk-Format zu regeln, ist furchtbar gescheitert – was die Europäer aber nicht daran hindert, den der „europäischen strategischen Souveränität“ weiterhin unverdrossen im Mund zu führen. Nicht das Ziel der strategischen Souveränität ist falsch, wohl aber der Glaube, sie allein durch Anknüpfungen erreichen zu können, ohne unterschiedene systematische Anstrengungen.

Das Menetekel von Minsk blieb unverständlich. Christoph Heussen, der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, sprach vor Kurzem eindringlich über die Veränderung aller Parameter in der Zeitenwende, ja von der Rückkehr des Kalten Kriegs. Für den Weg aus dem Krieg zu einem Waffenstillstand fiel ihm aber nichts anderes ein als ein neues Minsk. Um zu einem Abschluss des Kriegs zu gelangen, müsse man sehen, wie man irgendwie zu einer Situation komme wie 2015. Putin müsse Selenskyj als Verhandlungspartner akzeptieren, und dieser müsse entscheiden, welchen Preis er bereit sei zu zahlen. Aber das Modell Minsk, in dem die Europäer auf beide Konfliktparteien moderierend einwirken, ist bereits 2015 gescheitert. Zu meinen, es könne in der viel schwierigeren Situation von 2024 funktionieren, ist eine verstörende Illusion. Um zu dieser Einschätzung zu gelangen, muss man manches übersehen: Putin lehnt nicht nur Selenskyj als Verhandlungspartner ab, sondern negiert auch das Existenzrecht der Ukraine als unabhängiger Staat und eigenständige Nation.

Heusgens Rückgriff auf das gescheiterte Modell von gestern erinnert an Trumps irrige Vorstellung, im Handumdrehen einen „Deal“ mit Putin machen zu können. In der deutschen Öffentlichkeit sind solche Illusionen attraktiv. Sie könnten dieses Jahr die wichtigste Scheidelinie bilden, entlang derer Wahlentscheidungen getroffen werden. Die AfD, Teile der Linken und das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) propagieren den Glauben, dass eine Rückkehr zu den alten Russlandbeziehungen möglich und erstrebenswert wäre. Rechtsextreme und populistische Parteien fischen in einer Unsicherheit, die weit verbreitet ist und Wählerstimmen verspricht.

Man darf sich nicht täuschen über die Größe der russischen Herausforderung und die langfristigen Ziele der russischen Politik. Putins Drohung, die Ukraine als unabhängigen Staat zu beseitigen, ist mehr als Kriegsrhetorik. Sie geht zurück auf eine seit dem 18. Jahrhundert bestehende Tradition Russlands, die Ukraine als integralen Teil des Zarenreichs und der großrussischen Nation zu verstehen. Wo

Russland als Nation endet, wurde in der russischen Geschichte nie eindeutig geklärt. Nach dem Krimkrieg, Mitte des 19. Jahrhunderts, erblühte in Russland ein religiös aufgeladenes Schrifttum, in dem nationale und imperiale Kategorien verschwammen. Was russisch war, wurde in konzentrischen Kreisen begriffen: die ethnischen Russen im Zentrum, die orthodoxen Ostslaven wie Belarussen und Ukrainer im nächsten Kreis, und in einem weiteren Kreis wurde auch zu den West- und Südslaven eine Zugehörigkeit entworfen. Ein Axiom dieses Diskurses ist die Exzeptionalität Russlands, das sich nicht an westlichen Maßstäben messen lassen will.

Dieser Gedankenwelt ist Putin verhaftet, und er nutzt sie für seine Politik: Das ist spätestens seit seinem Essay „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ vom Juli 2021 klar. Putins Absicht ist die Annexion mindestens eines Teils der Ukraine sowie die hegemoniale Herrschaft über ihr gesamtes Territorium. Dieses Ziel verfolgt der langjährige Geheimagent mit langem Atem. Nachdem im Februar 2022 sein Blitzkrieg gescheitert war, erläuterte er im Juni im Gespräch mit geladenen jungen Wissenschaftlerinnen und Unternehmern die Grundzüge seiner Politik. Ein Vorbild fand er in der Geschichte Peters I. Wie im Großen Nordischen Krieg, in dem der Zar zunächst empfindliche Rückschläge gegen Schweden erlitten habe, gehe es heute wieder um das „Erobern und Befestigen“ von Territorien.

Tatsächlich befestigte Russland seine Eroberungen am Asowschen Meer sowie im Donbass und stellte nach den Rückschlägen seine Wirtschaft auf Kriegsbedingungen um. Der Bezug auf Peter ist für Putin „usable past“ zur Rechtfertigung seiner Politik, er verweist aber auch den Zeithorizont von Putins Politik: Der Große Nordische Krieg wurde erst nach 21 Jahren von Russland siegreich beendet.

Dabei ist Putin nicht einmal vordringlich an Zugewinn von Territorium interessiert. Ihm geht es um die Zerstörung der westlichen Sicherheitsarchitektur. Er handelt dabei nicht als Einzelner, sondern in einem Diskurs, der auf den russischen Exzeptionalismus des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Dessen prominentester Vertreter ist Aleksandr Dugin, der auch hierzulande in die Schlagzeilen geriet, als ein Autobombenanschlag verübt wurde, dem seine Tochter Darja zum Opfer fiel, vermutlich an seiner Stelle. Ob der ultranationalistische Philosoph Putins Einflüsterer ist oder seine Ideen indirekt in die Politik einfließen, ist umstritten, aber für die Wirkung unerheblich. Sie geben der russischen Politik eine historische und geopolitische Rahmung, der russische Angriff auf die Ukraine erfährt so eine höchst fragwürdige Sinnstiftung.

Dugin zufolge stehen sich der Osten und der Westen in einem „Endkampf“ gegenüber, den er als Konflikt zwischen der von Russland angeführten eurasischen Landmacht und der angloamerikanischen Seemacht versteht. In seinem Buch „Grundlagen der Geopolitik“ von 1997, das die russische Militärakademie als Lehrbuch verwendet und das auch sonst breit rezipiert wurde, propagierte Dugin eine Einfluss- und Obstruktionspolitik mit geheimdienstlichen Methoden. Ferner müsse Russland durch die strategische Nutzung von Gas und Öl gezielt Druck auf andere Staaten ausüben. Die „größte Aufgabe“ der Zukunft sei die „Finlandisierung von ganz Europa“.

In seinem Zivilisationsdiskurs, der viele Anleihen macht bei Carl Schmitt und anderen konservativen und faschistischen Denkern des Westens, steht Russland als Träger einer „einzigartigen Zivilisation“ mit „universell all-menschlicher Bedeutung“, verbindet mit Iran, Japan und Deutschland als Subimperien, dem „Atlantizismus“ unversöhnlich gegenüber. Ihre messianische Rolle könnten die Russen nicht in einem Nationalstaat, sondern nur in einem Imperium spielen: „Die Ablehnung der Imperien-bildenden Funktion würde das Ende des russischen Volkes als historische Realität, als zivilisatorisches Element bedeuten. Eine solche Ablehnung wäre gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord“, so Dugin. Dieser Zivilisationskampf zwischen Ost und West muss vor allem in der Ukraine ausgefochten werden. Zwar spielt sie aus Dugins Sicht „keine geopolitische Rolle“, hat „keine universelle Bedeutung, geographische Einzigartigkeit und ethnische Exklusivität“. Doch berge sie als unabhängiger Staat eine große Gefahr für ganz Eurasien: „Ohne das ukrainische Problem zu lösen ist es sinnlos, über kontinentale Politik zu sprechen.“ Dugin schlägt die Teilung der Ukraine vor, wobei die westlichen Regionen Galizien, Wolhynien und die Karpaten-Ukraine eine Föderation bilden könnten, die jedoch unter keinen Umständen unter die Kontrolle des atlantischen Westens fallen dürfe. Die anderen Teile der Ukraine wie auch Belarus betrachtet Dugin als integrale Teile Russlands.

Seit 1997 dienen Dugins geopolitische Phantasien als Drehbuch für die russische Ukrainepolitik. Bemerkenswert ist auch die Einordnung des prognostizierten russisch-ukrainischen Konflikts in einem globalen „Endkampf“. Die Schriften Dugins und anderer Ultrationalisten haben die russische Politik nicht in erster Linie dadurch beeinflusst, dass sie konkrete Ziele nannten. Entscheidend waren die begrifflichen Weichenstellungen, die der konkreten Politik vorgelagert

sind. Dugin entwirft ein System von Antagonismen – von Ordnung und Chaos, von Eigen und Fremd – und bezeichnet so legitime Ziele von staatlicher Gewalt.

Auch Putin nimmt am russischen Zivilisationsdiskurs teil. Bereits im September 2013 hielt er vor dem Internationalen Diskussionsklub „Valdai“ in der Nähe von Nowgorod eine Rede, die im Westen relativ wenig beachtet wurde. Damals sprach Putin über die Geschichte der großen Mächte. Er lobte den Friedensschluss des Wiener Kongresses von 1815 und die Vereinbarungen der Konferenz von Jalta 1945, bekannte sich also unmissverständlich zur imperialen Politik von Einflusssphären. Doch zudem reklamierte er beide Neuordnungen Europas für Russland, dessen Rolle er mit erheblichem Pathos verklärte: „Die Stärke Russlands, die Stärke des Siegers in diesen entscheidenden Momenten zeigte sich in Edelmut und Gerechtigkeit.“

In derselben Rede zeigte sich Putin angeekelt von dem, was er als den moralischen Verfall des Westens beschrieb: Die „euroatlantischen Länder“ hätten sich von ihren Wurzeln abgekehrt, gleichgeschlechtliche Partnerschaften gefördert und sogar Parteien zugelassen, die Pädophilie förderten. Die moralische Grundlage der westlichen Gesellschaften erodiere. Alles in allem entwarf Putin vor den versammelten nationalen und internationalen Politikfachleuten ein mythisches Bild von Glanz hier und Verfall dort. Das Webmuster und die Versatzstücke des Vortrags entsprachen genau der geopolitischen Vorlage Dugins, wie auch die kompromisslos entgrenzte Feindrhetorik. So erklärte Putin, die vermeintlich erzwungene Assimilation der in der Ukraine lebenden Russen komme „der Anwendung von Massenvernichtungswaffen gegen uns“ gleich. Diese Formulierung legt nahe, dass Russland gegebenenfalls mit Nuklearwaffen antworten könnte. Dieser geopolitische Diskurs lädt ein zu Machtphantasien, radikalisiert Feindschaft und erzeugt einen dystopischen Zeithorizont, der zum Handeln drängt.

Die globale Rahmung des russisch-ukrainischen Kriegs geht jedoch nicht nur zurück auf geopolitische Diskurse. Russland knüpft heute an sowjetische Traditionen an, indem es sich als Vorkämpfer der Emanzipation des globalen Südens gegen die amerikanische Hegemonie inszeniert. Die koloniale Arroganz des Westens zu betonen verschafft Putin Sympathien in China, Indien und auf dem afrikanischen Kontinent.

Dabei war Russland selbst ein Kolonialreich und hat seine imperiale Rolle in vielen Ländern des östlichen Europas, des Südkaukasus und Zentralasiens nicht aufgegeben. Gegenwärtig interveniert Russland in einem weiten Bogen vom Na-

hen Osten und bis nach Westafrika. Paradoxerweise kann Russland jedoch davon zehren, auch als Imperium nicht Teil des Westens gewesen zu sein. Auch Russland war ein Objekt von westlichem Orientalismus, ein „subalternes Imperium“ (Wjatscheslaw Morozow). Die Tatsache, dass China an seiner Seite steht, ermutigt Putin in seiner globalen Deutung des russischen Angriffskriegs und gibt ihm vermeintliche Legitimation.

Die Ideologisierung des russischen Angriffskriegs steht einem Waffenstillstand im Weg. Weshalb sollte Putin den Krieg beenden, für den er so viel riskiert hat? Weshalb seine öffentlich immer wieder bekräftigten Ziele aufgeben, die ihm Sympathien im globalen Süden verschaffen und weit über Annexionen in der Ukraine hinausgehen? Die Ukraine soll für den Westen zum europäischen Afghanistan werden und die Vereinigten Staaten als Papiertiger entlarven.

Es ist nicht auszuschließen, dass genau dies eintritt. Die Präsidentenwahl in den USA beeinflusst zweifellos den Verlauf des russisch-ukrainischen Kriegs. Aber es ist falsch, von Europa aus auf Washington zu schauen wie auf ein Schicksal. Selbst ohne die Amerikaner hätten die Europäer die Wirtschaftskraft, das russische Vordringen zu stoppen und der Ukraine zum Sieg zu verhelfen, das heißt, zur Rückeroberung ihrer Territorien. Erst wenn sich eine solche Entwicklung abzeichnete, würde Russland bereit sein, über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

Das Problem der Europäer sind nicht die amerikanischen Präsidenten und der Kongress, es ist hausgemacht. Sie haben viel Zeit vergehen lassen, ohne die Ukraine effektiv zu unterstützen. Obwohl der Krieg primär die europäische und nicht die amerikanische Sicherheit bedroht, haben sie 2023 gerade einmal 300.000 Granaten an die Ukraine geliefert, einen Bruchteil der 2,3 Millionen Geschosse, die im Gefecht zum Einsatz kamen. Erst Ende 2023 hat man sich zu einer gemeinsamen europäischen Beschaffungsinitiative aufgerufen.

Verantwortungsvolle Politik muss mit Worst-Case-Szenarien rechnen. Gustav C. Gressel vom European Council on Foreign Relations hat für 2024 einen solchen Ausblick entworfen. Darin wird Trump republikanischer Präsidentschaftskandidat, und eine ukrainefindliche Rhetorik beherrscht zunehmend den amerikanischen Diskurs. Die Republikaner im Kongress lassen Biden bei dem Versuch scheitern, die Lieferwege in die Ukraine offenzuhalten, während es den Europäern nicht gelingt, langfristige Verträge mit der Rüstungsindustrie abzuschließen, sodass sich deren Produktion nicht wesentlich erhöht. Der Ukraine mangelt es folglich an Granaten und Raketen, um defensiv zu agieren.

Einen russischen Durchbruch an der Front kann die ukrainische Armee nur durch Rückzug verhindern, ihre Fähigkeit schwindet, die eigenen Truppen rotieren zu lassen, Erschöpfung ist die Folge. Ohne Lieferung von amerikanischen Boden-Luft- und Luft-Luft-Raketen an die Ukraine ist Russland in der Lage, ukrainische Städte zu bombardieren und auch die im Aufbau befindliche einheimische Rüstungsindustrie zu treffen. Die zunehmend düsteren Aussichten veranlassen zehn Millionen Ukrainer zur Flucht in die EU, dabei übersteigen die Kosten, die den Europäern durch die Aufnahme der Flüchtlinge entstehen, bei Weitem die Kosten für die militärische Unterstützung Kiews. Ein Sieg Trumps über Biden in der Präsidentenwahl könnte schließlich direkte Effekte auf die europäischen Länder selbst haben, die den Krieg in der Ukraine verloren geben und in Erwartung eines Abzugs der Amerikaner aus Europa nur noch an die eigene Sicherheit denken.

So muss es nicht kommen. Die von der EU beschlossenen Finanzhilfen sind ein Signal, das Hoffnung macht. Aber keine der Voraussetzungen, die dem Worst-Case-Szenario zugrunde liegen, ist ganz unwahrscheinlich, und jede einzelne daraus abgeleitete Folgerung ist schlüssig. Das Ergebnis wäre eine „Finlandisierung Europas“, die Dugin 1997 als Ziel der russischen Politik ausgegeben hat.

Es wäre daher fahrlässig, wenn die Europäer wie paralysiert auf den Ausgang der Präsidentenwahl im November schauen, denn Effekte aus dem Machtkampf zwischen Biden und Trump können sich schon vor dem Wahltag ergeben. Europäische Politik muss jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um die Ukraine durch Waffenlieferungen so umfassend wie möglich zu unterstützen.

In Deutschland ist seit dem Überfall Moskaus auf die Ukraine vor nunmehr fast zwei Jahren viel geschehen. Gemessen an der Größe des Problems ist es aber zu wenig. Viel Zeit ging verloren bei der Bestellung von Rüstungsgütern und speziell Munition. Warum gab es bislang keinen Rüstungsgipfel im Kanzleramt, der die Akteure aus Politik und Wirtschaft an einen Tisch bringt? Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit gekommen, einen Nationalen Verteidigungsrat zu gründen? Es gibt für die Unterstützung der Ukraine keine „Wunderwaffe“, trotzdem fragt man sich, weshalb sich die Bundesregierung beharrlich weigert, den Marschflugkörper Taurus an die Ukraine zu liefern.

Die Gründe, die dafür ins Feld geführt werden, sind erstaunlich sparsam und widersprüchlich. Mal war es der Hinweis auf die große Reichweite des Taurus, der es der Ukraine ermöglichen würde, mit westlichen Waffen auf russisches Territorium zu zielen (was die ukrainische Armee bislang vermieden hat), mal die Behauptung, die Eingabe der Zielkoordinaten könne nur durch Bundeswehrosoldaten erfolgen, was Deutschland zur Kriegspartei machte.

Nichts davon ist überzeugend. Taurus ist eine Waffe, die aufgrund ihrer Reichweite und Treffsicherheit besser als andere Lenkflugkörper in der Lage wäre, die russische Infrastruktur zu treffen. Das würde die Wege unterbrechen, auf denen Russland Munition und frische Truppen an die Front bringt, und damit die Wucht der russischen Aggression mindern. Welche Unterstützung könnte sinnvoller sein? Dass der Bundeskanzler sich dem Wunsch nach der Lieferung des Taurus verschließt, ohne dies plausibel zu begründen, nährt den Verdacht, dass die deutsche Politik bei dieser Frage mit einem Auge auf den Kreml schaut.

Fragen wirft auch der Redebeitrag des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte auf. Er sparte nicht mit Bekenntnissen zur langfristigen Unterstützung der Ukraine, wiederholte aber auch, dass Deutschland ja schon der zweitgrößte Lieferant von Waffen für die Ukraine sei. Das ist etwas überheblich gegenüber den baltischen Staaten und Norwegen, die im Verhältnis zu ihrer Größe und Wirtschaftskraft sehr viel mehr leisten als Deutschland. Der Satz vermittelt die Botschaft: Man kann uns nichts vorwerfen. Darum geht es aber nicht. Die Frage ist vielmehr, ob Deutschland und die anderen westlichen Staaten die große Herausforderung meistern. Was hilft es, die zweitgrößte Unterstützung geleistet zu haben, wenn es nicht reicht? Denkwürdig ist ein anderer Satz des Bundeskanzlers: Wenn die USA als Unterstützer der Ukraine ausfielen, dann sei Deutschland der größte Lieferant von Waffen für die Ukraine. Das aber sei unbedingt zu vermeiden, denn es sei Hybrid, wenn Deutschland dies als Mittelmacht leisten wolle.

Natürlich muss Deutschland großes Interesse daran haben, dass die USA den Kreis der Unterstützungsstaaten nicht verlässt. Aber selbst wenn das geschähe, wäre Deutschland nicht allein, sondern stünde im Kreis der europäischen Staaten, die im Verhältnis teilweise mehr leisten und die gemeinsam über die Wirtschaftskraft verfügen, die Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffs zu unterstützen.

Vergegenwärtigt man sich das Worst-Case-Szenario des Kriegs und bedenkt, was auf dem Spiel steht, so müsste die Rhetorik ganz darauf gerichtet sein, eindringlich über die große Kraftanstrengung zu sprechen, die notwendig ist, um Russland zu stoppen. Vor deutscher Hybrid zu warnen ist nie falsch, aber es ist in diesem Falle nicht die primäre Sorge.

Der Verfasser lehrt Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.